

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 868 848 pohn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Rudolf Scharping zu Verlauf  
und Ergebnis der Mitglieder-  
befragung: Ein Wort des Dan-  
kes.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur  
großen Bereitschaft der Basis,  
mitzubestimmen: Ein Signal  
der politischen Reife.

Seite 2

Barbara Simons MdEP zum  
Soweto-Tag 1993: Freie und  
faire Wahlen in Südafrika ga-  
rantieren.

Seite 2

Wolfgang Hoderlein MdL zum  
Umgang der Bayerischen  
Staatsregierung mit der Altern-  
ativ-Energie: Klotzen, nicht  
kleckern bei der Solar-Versor-  
gung.

Seite 3

Gert Börnsen MdL zur Not-  
wendigkeit einer wirksamen  
Ausländer-Solidarität: Den  
Worten müssen Taten folgen.

Seite 4

48. Jahrgang / 110

14. Juni 1993

### Ein Wort des Dankes

**Zu Verlauf und Ergebnis der Mitglieder-Befragung**

**Von Rudolf Scharping  
Designierter SPD-Vorsitzender  
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz**

Der gestrige 13. Juni war ein bedeutsamer Tag in der 130jährigen Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: 492.000 Mitglieder in rund 10.000 Ortsvereinen haben von der erstmals gebotenen Möglichkeit, an der Auswahl des Parteivorsitzenden mitzuwirken, Gebrauch gemacht, also fast 57 Prozent. Das ist mehr als selbst Optimisten erwartet hatten.

Der 13. Juni hat die große Motivation der Parteimitglieder eindrucksvoll demonstriert. Ich bin davon überzeugt, daß die erkennbaren neuen Impulse die Arbeit der Partei über den Tag hinaus weiter voranbringen werden. Daß aus vielen Ortsvereinen wieder Mitgliederzugänge zu verzeichnen sind, gehört zu den positiven Signalen der letzten Wochen.

Ich danke den Mitgliedern der Partei für das mir entgegengebrachte Vertrauen, aber ich danke auch Heidemarie Wiczorek-Zeul und Gerhard Schröder für die faire Auseinandersetzung - vor und nach der Entscheidung. Ein Wort des Dankes gilt dem amtierenden SPD-Vorsitzenden Johannes Rau, der mit Fairneß und großer menschlicher Solidarität die Wochen des Überganges gestaltet hat. Daß das Votum der Mitgliedschaft zu einem vollen Erfolg für die SPD und zum guten Beispiel für neue Wege in der Parteidemokratie werden konnte, hat mit Person und Persönlichkeit Johannes Rau viel zu tun.

Jetzt geht es darum, Sachfragen in den Vordergrund der Auseinandersetzung mit der Regierung Kohl zu stellen: die wirtschaftliche Entwicklung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die soziale Gerechtigkeit und die Bewahrung des friedlichen Zusammenlebens nach innen und außen.

(-/14. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 09

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Umgang  
mit unseren Redaktionen  
Anzeigen-Papier



**Ein Signal der politischen Reife**  
**Zur großen Bereitschaft der Basis, mitzubestimmen**

**Von Gert Weisskirchen MdB**

Die SPD hat mehr Demokratie gewagt und hat gewonnen. Die Skepsis gegenüber der Mitgliedschaft war unbegründet. Die Bereitschaft, mitentscheiden zu wollen, ist ein unübersehbares Signal der politischen Reife.

Anders als mancher Enkel: Die SPD ist erwachsen. Jetzt wird es darauf ankommen, die Statuten der Partei rasch dem demonstrierten Willen auf Mitentscheidung in Grundfragen von Führungspersonen und Sachthemen anzupassen.

Der Schub an Demokratisierung wartet auf seine angemessenen neuen Bahnen.

Der Wille auf Veränderung hat sich überzeugend dokumentiert.

Gelingt es der Sozialdemokratie den gezeigten Handlungswillen zu richten auf das gemeinsame Projekt des Kampfes um die Mehrheit, dann hat sie die Chance, die Zeit der CDU-Herrschaft zu beenden.

(-/14. Juni 1993/rs/lks)

\*\*\*\*\*

**Freie und faire Wahlen in Südafrika garantieren**  
**Zum Soweto-Tag 1993**

**Von Barbara Simons MdEP**  
**Südafrika-Sprecherin der SPD im Europäischen Parlament**

Am 16. Juni 1993 - dem Soweto-Tag - werde ich in der südafrikanischen Botschaft in Bonn zusammen mit anderen Vertretern der Anti-Apartheid-Bewegung mehr als 5.000 Unterschriften zugunsten von freien und fairen Wahlen übergeben.

Der bisher als vorläufig geltende Termin 27. April 1994 für die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung muß vom Verhandlungsforum (Negotiating Forum) auf seiner Sitzung am 25. Juni verbindlich festgeschrieben werden. Außerdem müssen so schnell wie möglich konkrete Vereinbarungen

Über die Bildung eines exekutiven Übergangsrates getroffen werden, der die Regierung bis zur Wahl eines demokratischen, nicht-rassistischen Parlaments kontrolliert.

Zur Sicherung freier und fairer Wahlen in Südafrika sind die südafrikanische Regierung und - soweit angebracht - alle Verhandlungsparteien aufgefordert, für die sofortige Einsetzung einer unabhängigen Wahlkommission und den freien Zugang aller demokratischen Parteien zu den Massenmedien Sorge zu tragen.

Die Europäische Gemeinschaft muß das Mandat ihrer Beobachtermission (ECOMSA) eindeutig definieren und diese in die Lage versetzen, ihre Erkenntnisse vor Ort öffentlich zu machen. In diesem Zusammenhang ist zu kritisieren, daß einige Mitgliedstaaten mit ihren Beiträgen zur Finanzierung der Beobachtermission im Rückstand sind. Im Vorfeld und zu den Wahlen selbst sollten auch parlamentarische Beobachter entsandt werden.

(-/14. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Klotzen, nicht kleckern bei der Solar-Versorgung** **Zum Umgang der Bayerischen Staatsregierung mit der Alternativ-Energie**

**Von Wolfgang Hoderlein MdL**  
**Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags**

Die Bayerische SPD-Landtagsfraktion drängt mit Nachdruck darauf, daß die Fördermittel zur Nutzung der Sonnenenergie erheblich aufgestockt werden. Bisher sieht der Haushaltsansatz lediglich 13,8 Millionen Mark für die Alternativenenergien vor. Das ist entschieden zu wenig.

Zusammen mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen aus dem Wirtschaftsausschuß vertrete ich die Auffassung, daß das Fördervolumen erheblich aufgestockt werden könnte, wenn sich der Freistaat zu einer Gasabgabe entschließen würde. Bekanntlich entgehen dem Freistaat bisher jährlich rund 90 Millionen Mark, weil er seine unterirdischen Erdgasspeicher kostenlos nutzen läßt - ein Verhalten, das auch vom Obersten Rechnungshof gerügt wurde.

Eine Abgabe von 0,04 Mark pro Kubikmeter nutzbarem Speichervolumen würde die Endverbraucher nicht belasten. Diese 90 Millionen Mark mehr im Staatssäckel - zweckgebunden eingesetzt für erneuerbare Energien - wären jedoch eine Zukunftsinvestition mit großer Wirkung.

Darüber hinaus ist es erforderlich, daß die Verfahren bei der Antragstellung vereinfacht werden. Nach meiner Kenntnis dauert die Bearbeitung von Anträgen auf Förderung von Solaranlagen sechs bis sieben Monate. Viele Bauherren steigen aus, weil sie so lange nicht warten wollen. Ich hatte den Wirtschaftsminister auf dieses langwierige Verfahren angesprochen und erfahren, daß man die Erteilung eines "vorzeitigen Baubeginnes" prüfen wolle. Hoffentlich dauert diese Prüfung nicht so lange wie derzeit die Bearbeitung von Anträgen. Nach meiner Meinung sind die Verfahrenswegen die Ursache dafür, daß der Mittelabruf beim "Bayerischen Programm zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien" nur so schleppend vorangeht.

Nach Auskunft von Wirtschaftsminister Lang wurden hier nur weniger als ein Drittel der bewilligten Zuschüsse abgerufen. Mit diesem Programm werden Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien - wie Umgebungs- und Erdwärme, Solarthermik, Photovoltaik, Biomasse, Wasserkraft -, Technologien zur Abwärmenutzung und Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Optimierung von Produktionsprozessen und Verbrennungsmotoren gefördert. 85 Prozent der Antragsteller wollen Geld für Solareinrichtungen.

Deshalb gibt es durchaus einen Sinn, ein auf die Solarförderung konzentriertes Programm aufzulegen und es mit den 90 Millionen Mark aus der künftigen Gesspeicherabgabe auszustatten. Durch ein solches Vorgehen würde geklotzt und nicht wie bisher gekleckert. Der Verwaltungsaufwand könnte abgebaut werden.

(-/14. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Den Worten müssen Taten folgen**  
**Zur Notwendigkeit einer wirksamen Ausländer-Solidarität**

**Von Gert Börnsen MdL**  
**Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein**

Lichterketten, Kundgebungen und Unterschriftensammlungen sind wichtige Zeichen der Solidarität mit Ausländern, können aber praktische Politik und klare Entscheidungen nicht ersetzen. Den Worten müssen endlich Taten folgen.

Wir brauchen endlich die tatsächliche rechtliche Gleichbehandlung unserer ausländischen Bürgerinnen und Bürger. Die CDU darf die Integration nicht weiter durch formale und vorgeschobene Argumente blockieren. Nur klare politische Entscheidungen setzen positive Signale, Sonntagsreden helfen niemandem.

Die Forderungen der SPD haben nach dem grauenhaften Mordattentat in Solingen eine dringende Aktualität erhalten:

- doppelte Staatsbürgerschaft,
- Einwanderungsgesetz,
- Kommunales Wahlrecht für ausländische Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus sollten weitere wirksame Maßnahmen zur Integration ergriffen werden: so zum Beispiel die gezielte Einstellung ausländischer Bürgerinnen und Bürger im Sozial-, Bildungs- und Ordnungsbereich, ganz besonders bei der Polizei. Sofern der Bundesgesetzgeber - wie beim Beamtenrecht - gefordert ist, sollte die Kieler Landesregierung im Bundesrat initiativ werden.

Bis heute hat sich die CDU der Ausländerintegration verweigert und sich auf Einschränkungen des Asylrechts und höhere Grenzzäune beschränkt. Wir brauchen dagegen das breite Bündnis der demokratischen Parteien zur Solidarität mit den angegriffenen Ausländern und wirksame Maßnahmen zur Ausländerintegration. Wer die Solidarität mit den ausländischen Bürgerinnen und Bürgern will, muß ihnen gleiche Bürgerrechte geben, sonst bleiben sie "Bürger zweiter Klasse".

(-/14. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*